

Was wird aus dem Gymnasium?

Herborner Tageblatt
30.9.07, S. 17

Politiker, Lehrer und Eltern diskutierten

Dillenburg (cam). Über die hessische Schulpolitik und vor allem über die Zukunft des Gymnasiums ist am Donnerstagabend in der Dillenburger Wilhelm-von-Oranien-Schule diskutiert worden. Die beiden Kreistagsmitglieder Reinhard Klier (CDU) und Anke Hartmann (SPD) sowie die Bundestagsabgeordnete Priska Hinz (Grüne) stellten dabei die Konzepte ihrer Parteien vor. Auch Lehrer, Eltern und Schüler sowie Kreisschuldezernent Roland Wegracht (SPD) beteiligten sich an der Diskussion.

In kurzen Eingangs-Statements stellten die Parteienvertreter zunächst ihre wichtigsten bildungspolitischen Ziele vor. Priska Hinz sah „keinen Sinn“ darin, die Kinder nach Schulformen zu sortieren, da so Bildungspotenzial verschenkt werde. Sie versprach im Falle einer Regierungsbeteiligung der Grünen 1.000 neue Lehrer für Hessen, die Abschaffung der „Unterrichtsgarantie plus“ und 50 Euro zusätzlich pro Jahr und Schüler für jede Lehranstalt. „Außerdem wollen wir die Mittelstufe entschlacken, die durch G8 viel zu voll gepackt ist und dadurch Stress für alle Beteiligten bedeutet“, erklärte sie.

Reinhard Klier gab die „Schulwahlfreiheit“ und die „Schulformvielfalt“ als wichtige Ziele an. Die von Hinz geforderte Auflösung des dreigliedrigen Schulsystems bezeichnete er als „Zwangs-Einheitsschule“. „Kinder sind unterschiedlich begabt und brauchen deshalb unterschiedliche Lernangebote in verschiedenen Schulformen“, sagte der ehemalige Schulleiter. Es sei für einen schwächeren Schüler keineswegs motivierend, wenn er immer den Spitzenschüler vor sich habe. Auch müssten Instrumente wie die Querversetzung und die Wiederholung einer Klasse erhalten bleiben. G8, also das Abitur nach zwölf Schuljahren, solle ebenso erhalten bleiben.

„Für mich ist die Qualität entscheidend und nicht die Schulform“, sagte Anke Hartmann. Eine Schulformdiskussion sei deshalb überflüssig. Dennoch sprach sie sich anschließend für „längeres gemeinsames Lernen“ und die „Auflösung der Hauptschule“ aus. „Besonders ärgert mich, dass es eine Durchlässigkeit

zwischen den Schulformen derzeit nur von oben nach unten gibt“, kritisierte Hartmann.

Der WvO-Personalratsvorsitzende Wolfgang Schneider forderte vor allem mehr Zeit: „Wir haben es heute nämlich nicht mehr mit dem klassischen Gymnasialschüler zu tun.“ Auch er sprach sich gegen G8 aus, da viele Schüler gerade im 13. Jahr eine „erfrischende Reife“ erlangten. Das Abitur nach zwölf Jahren sei auf die Wirtschaft ausgerichtet, die nur noch Gymnasiasten ausbilden wolle.

■ Überfordert in jeder Hinsicht?

Eltern-Vertreter Bernd Peter und Priska Hinz sprachen sich nicht gegen G8 aus, lehnten es aber in seiner jetzigen Form ab. Peter sprach von einer „Überforderung in jeder Hinsicht“ und Hinz beklagte die unzureichenden Rahmenbedingungen, wie fehlende Ganztagsbetreuung.

Schulleiter Martin Henrich fragte angesichts der künftig zurückgehenden Schülerzahlen nach der Zukunft der WvO. „Man gräbt uns das Wasser ab“, erklärte er mit Blick auf den gegen anders lautende Absprachen erweiterten Gymnasialzweig in Haiger und die geplante Christliche Schule. Roland Wegracht bestätigte, dass „dieser dramatische Rückgang der Schülerzahlen“ in den 80er Jahren nicht vorhergesehen worden sei. Die Wilhelm-von-Oranien-Schule müsse sich aber dennoch keine Sorgen machen, da die Eltern bei mehr Konkurrenz verstärkt auf die Qualität achten würden. Dem privaten Träger der Christlichen Schule könne niemand diesen Schritt verwehren.



Über die Zukunft des Gymnasiums diskutierten (von links) unter Leitung von Patrick M. Schmidt (2.v.l.) Schuldezernent Roland Wegracht (SPD), SPD-Kreistagsfraktionschefin Anke Hartmann, CDU-Kreistagsabgeordneter Reinhard Klier (CDU) und Bundestagsabgeordnete Priska Hinz (Grüne). (Foto: C. B. Müller)